

Geschäftsordnung: SPD-Anträge mehrheitlich abgelehnt

Abschreiben bringt nichts

Lorsch. Für die SPD-Fraktion brachte die neue Stadtverordnete Annette Hemmerle-Neber (Bild) am Dienstag Anträge zur Änderung der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung der Stadt Lorsch ein. Hemmerle-Neber wollte drei Sätze in den ersten Paragraphen aufgenommen sehen, die Aufgaben des Stadtverordnetenvorstehers beschreiben. Zum Beispiel: "Der Stadtverordnetenvorsteher wahrt die Würde und die Rechte der Gemeindevertretung", beziehungsweise "Der Vorsitzende fördert die Arbeiten der Gemeindevertretung gerecht und unparteiisch."

Die SPD-Politikerin, die bei der Bürgermeisterwahl neue Rathauschefin in Lorsch werden will, fand allerdings keine Mehrheit dafür. Es sei überhaupt nicht nötig, den Passus aus der Hessischen Gemeindeordnung "wortwörtlich in unsere Satzung zu schreiben", erklärte Alexander Löffelholz (CDU).

Auch Matthias Schimpf (Grüne) lehnte ein "reines Abschreiben" als "nicht sinnvoll" ab. Besser wäre es gewesen, wenn die Antragssteller andere Fraktionen in die Vorbereitung einbezogen hätten, merkte nicht nur Schimpf an. Die SPD scheiterte auch mit anderen Anträgen. Etwa mit der Forderung, die Punkte "Anfragen" und "Verschiedenes" auf Tagesordnungen für Sitzungen kurzfristig großzügiger und flexibler zu regeln.

Dass es möglich sein soll, dass die Stadtverordnetenversammlung mit einfacher Mehrheit ihr Programm vor Eintritt in die Tagesordnung um Themen erweitert, die zuerst nicht geplant waren, bewertete nicht nur Alexander Löffelholz als "kritisch".

"Wir haben mit gutem Grund eine feste Tagesordnung", erklärte er. Diese ermögliche eine "effiziente Sitzungsordnung". Andernfalls drohten Diskussionen, die "nicht zielführend" seien sowie das Risiko von Überrumplungen und "Stammtisch"-Diskussionen, warnte der CDU-Fraktionschef. Auch der Antrag zur Änderung der Aufnahme von Krediten fiel bei der Mehrheit durch. Die Stadtverordneten beraten über den Haushalt, erinnerte Löffelholz an das "Königsrecht" des Parlaments, Liquiditätsbeschaffung sei allerdings Aufgabe der Verwaltung. "Wir sollten uns nicht in die laufende Arbeit der Verwaltung einmischen", meinte auch Schimpf.

Unterstützung gab es beim Wunsch, über Anliegerversammlungen besser informiert zu sein. Diese sind zwar nicht primär für Parlamentarier gedacht. Künftig soll der Kreis der Eingeladenen aber größer werden.

Mit ihrer Ansicht, dass zwischen dem Zugang einer Ladung und dem Sitzungstag mindestens fünf Arbeitstage liegen sollten, war die SPD ebenfalls nicht allein. Über die Begriffe Arbeitstag und Werktag gab es zwar unterschiedliche Auffassungen - alle Fristen sollen aber synchronisiert werden. Sch